68. Jahrgang. № 144. Montag, 26. Mai 1919.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 3.60 M. monatlich 1.20 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt einspaltige An- und Vertikale 25 %. Zerst. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Geschäftsstelle und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19295 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

# Nachgiebigkeit des Verbandes in der Saarfrage?

## Die Verbandsnote über das Saarbecken.

**Paris**, 24. Mai. (Reuter.) Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note über die Saarfrage ist aufgesetzt und wird Clémenceau heute abend zur Unterschrift übergeben werden.

**Versailles**, 25. Mai. Die Pariser Morgenblätter bestätigen die Meldungen der gestrigen englischen Blätter aus Paris, denen zufolge der Viererrat einzelne Punkte der Stipulationen über das Saarbecken notifiziert habe. Wie „Journal" wissen will, hat der Viererrat die Forderung fallen lassen, daß Deutschland den Rückkauf des Saarbeckens in Gold bezahle, falls das nach 15 Jahren stattfindende Plebiszit zugunsten Deutschlands ausfallen sollte. Die neue Fassung sieht vor, daß Deutschland sein Rückkaufsrecht nicht durch Zahlung in Metallgeld, sondern durch andere Bürgschaften geltend machen kann. Der Viererrat machte diese Konzession besonders im Hinblick auf den Umstand, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker des Saarbeckens verletzt worden wäre, falls sie sich im Plebiszit für Deutschland entschieden haben würden, aber Deutschland den Rückkauf in Gold nicht hätte vornehmen können und das Saarbecken in diesem Falle nach sechs Monaten ohne weiteres Frankreich zugefallen wäre, wie dies in der ursprünglichen Fassung gesagt war. Die Blätter erwähnen, daß die Antwort Clémenceaus auf Brockdorffs Note über das Saarbecken im Laufe des heutigen Tages der deutschen Friedensdelegation zugestellt werde. „Petit Journal" gibt zu, daß dies die erste Konzession sei, welche die Entente mache, aber Brockdorff solle nun nicht seinen Ehrgeiz allzu hoch einstellen, weil eine seiner zahlreichen Beschwerden als gerechtfertigt befunden wurde. Die Entente habe gestern nachgegeben, aber einmal sei nicht jedesmal.

## Clémenceau und die deutschen Gegenvorschläge.

(Von unserm Versailler Sonderberichterstatter.)

**Versailles**, 25. Mai. Den nach Ablauf der Frist zu überreichenden zusammengefaßten Gegenvorschlag teilt der „Homme libre" aus vertraulichen Quellen und teilweise aus den Veröffentlichungen der Kommentare der deutschen Blätter mit. Das Blatt des französischen Ministerpräsidenten, dessen Geist in jeder Hinsicht und überall vorherrschend und tonangebend ist, bemerkt unter anderem dazu folgendes: Graf Brockdorff habe bisher in Versailles feststellen können, daß es ihm nicht leicht gemacht werde, in Diskussionen einzutreten. Die erste Forderung des Gegenvorschlages ist, daß sich Deutschland als gleichberechtigte Macht an Verhandlungstischen niedersetzen darf. Ferner verlangt Deutschland, unter den Neutralen Schiedsrichter zu wählen, und schließlich sei eine gemischte Kommission für die Wiedergutmachung einzusetzen. Wenn Deutschland diese drei Vorschläge mache, so beweise es, daß es sich trotz aller Aufklärarbeit über den Geist der Volksstimmung der alliierten und assoziierten Länder und über die Mentalität der Delegierten dieser Länder auf der Friedenskonferenz irrt. Die Verbündeten haben bei allen Verhandlungen niemals das Bewußtsein verloren, daß sie den Sieg militärisch gewonnen haben. Sie würden es nicht zulassen, daß die deutsche Diplomatie ihnen irgendwelche Richtlinien vorschreibt. Sie hat die deutsche Armee „gekriegt" (so im französischen Text). Sie wird auch die deutsche Diplomatie kriegen. Dieses offene Geständnis des „Homme libre" ist sehr interessant und für die ganze Beurteilung des Friedensvertrags äußerst wichtig. Clémenceau sagt damit deutlich, daß der militärische Sieg, daß die Kanonen und die militärischen Machtmittel auch bei der Friedenskonferenz ausschlaggebend sind. Das, was man uns immer vorwarf, nicht nur bezüglich des Frankfurter Friedens von 1871, sondern auch des Brester Friedens, daß wir nämlich unsere militärischen Machtmittel in die Wagschale geworfen hätten, dasselbe tun heute die alliierten und assoziierten Regierungen. Der „Homme libre" beweist sodann weiter, daß die Neutralen nicht als Schiedsrichter auftreten können. Die Gründe sind dafür kurz folgende: Die Franzosen lieben die Neutralen nicht, am allerwenigsten die französischen Soldaten, denn sie haben immer gesagt, daß die Neutralen sich am Kriege bereichern, schweres Geld einstecken, aber selbst nicht zum endgültigen Siege beitragen wollten, obwohl gewisse neutrale Länder im Dienste der Liebestätigkeit für sie und die Verbündeten alles getan hätten. Sie könnten daraus kein Recht ableiten, sich in Sachen einzumischen, die sie nichts angehen. Die Kommission für die Wiedergutmachung, so meint „Homme libre", soll auch keine gemischte Kommission sein, denn als die deutschen Truppen ganz Nordfrankreich und Belgien verwüsteten, haben sie auch keine gemischte Kommission nötig gehabt. Clémenceaus Blatt faßt sein Urteil über den ihm angeblich bekannten Gegenvorschlag dahin zusammen, daß der ganze deutsche Gegenvorschlag elendiglich zusammenbrechen werde. Die Verbündeten hätten samt und sonders erklärt, daß von einer Gleichberechtigung Deutschlands keine Rede sein könne, solange Deutschland nicht nach den bekannten Sätzen in den Völkerbund aufgenommen sei. Das werde nicht der Fall sein, solange Deutschland seine Niederlage nicht anerkenne und die Revanche (!) vorbereite.

### Einspruchsnote wegen der französischen Umtriebe in der Pfalz.

**Berlin**, 25. Mai. Gegen die politischen Umtriebe, die unter Teilnahme der französischen Militärbehörden zur Proklamierung einer neutralen Republik Pfalz ins Werk gesetzt wurde, und gegen die dabei vorgenommenen Gewaltakte der feindlichen Militärbehörden hat Reichsminister Erzberger am 23. Mai angeordnet, in Spa Verwahrung einzulegen und Aufklärung zu verlangen. Auch die inzwischen gemeldete Absetzung des Pfälzer Regierungspräsidenten v. Winterstein, falls sie sich bestätigen sollte, und das Vorgehen des Generals Gerard gegen die Deutschland treuen Beamten der Pfalz wird den Gegenstand energischer Schritte bilden.

## Amerika und die Friedensfrage.

(Von unserm Versailler Sonderberichterstatter.)

**Versailles**, 25. Mai. Aus Washington wird gemeldet, daß die amerikanischen Senatoren und eine ganze Anzahl Mitglieder der amerikanischen Kommission der auswärtigen Arbeiten für die Friedenskonferenz beschlossen hätten, eine Untersuchung über die ganze Prozedur anzustellen, die der Redaktion des Friedensvertrages zugrunde liegt. Die Führer der Republikaner gehen sogar noch weiter und erklären, daß sie, wenn sie überhaupt Stellung nehmen sollen, den vollständigen Text nicht nur des Friedensvertrages, sondern alle auf ihn Bezug nehmenden und mit ihm in irgendeiner Verbindung stehenden Verhandlungen vorliegen haben müssen. Unter den Begriff dieser Verhandlungen fallen auch sämtliche Unterredungen der vier Wortführer der Verbündeten, also Clémenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson. Die Republikaner fordern weiter, daß die amerikanischen Sachverständigen für das Saargebiet und für die polnischen und italienischen Ansprüche unverzüglich eingehende Berichte und Belege für ihren Standpunkt in diesen Fragen nach Washington einzusenden haben. Ferner verlangen alle Parteien von Wilson selbst zu erfahren, wieviele seiner Prinzipien er habe aufgeben müssen, um von den Verbündeten die Anerkennung seines Völkerbundentwurfs zu erlangen. Schließlich ergeht von einem Senator an alle Mitglieder der amerikanischen Kommission in Paris die Aufforderung, über alle Verhandlungen, an denen sie teilnehmen, vertrauliche, bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Berichte einzuschicken, damit man sich in Washington ein klares Bild machen kann.

**Rotterdam**, 25. Mai. Die englischen und französischen Zeitungen suchen den Rücktritt der neun amerikanischen Delegierten als gleichgültig und auf persönlichen Rücksichten beruhend hinzustellen. Der Korrespondent der „Daily Herald" erklärt: Diese Aussagen sind unwahr, und setzt hinzu, daß noch eine weitere Persönlichkeit von großer Bedeutung und Einfluß zurückgetreten ist, nämlich William, der erste amerikanische Sachverständige in Angelegenheiten des fernen Ostens, der jahrelang Chef der Abteilung für den fernen Osten im Ministerium des Auswärtigen in Washington war. Als Grund wird angegeben, daß er sich mit der Regelung der Schantungfrage nicht einverstanden erklären konnte. Auch die Annahme, daß Young und Bowman aus privaten Gründen nach Amerika gegangen seien, ist unwahr. Sie haben es ausdrücklich damit begründet, daß ihr Recht in wirtschaftlichen und territorialen Fragen mißachtet worden sei.

## Die Bedingungen für Oesterreich.

**Versailles**, 24. Mai. Die Pariser Morgenblätter melden, daß der Viererrat sich gestern mit den militärischen Bedingungen für Oesterreich und der Frage der österreichischen Kriegsgefangenen beschäftigt hat. — Die Pariser „Chicago Tribune" erklärt, daß der Vertrag mit Oesterreich am Mittwoch nachmittag den österreichischen Delegierten überreicht werden wird. Den Oesterreichern wird eine Woche Frist eingeräumt werden, um den Vertrag zu prüfen. In militärischer Hinsicht ist beschlossen, daß die österreichische Armee auf zwei Divisionen mit höchstens 20000 Mann einschließlich acht Feldartillerie-Regimenter herabgesetzt werden soll. — Der Rat der Vier begann sodann die letzte Erörterung der finanziellen Bedingungen, namentlich hinsichtlich der Verteilung der Kriegsschulden des ehemaligen Oesterreich-Ungarn, die sich heute im Gebiete der früheren Monarchie gebildet haben. — „Newyork Herald" hält es für wahrscheinlich, daß die Oesterreicher den Vertrag noch vor der Unterzeichnung durch Deutschland unterzeichnen werden.

**Wien**, 25. Mai. Die „Mittagspost" meldet: Wie wir aus Kreisen, die zu den hier weilenden Ententemissionen Fühlung unterhalten, erfahren, ist tatsächlich die Südtiroler Frage vom Ententerat in Paris einer neuen Revision unterzogen worden. Gegenwärtig steht eine Lösung im Vordergrund, die sich an die Regelung der Frage des Saarbeckens anlehnt. Es ist für Deutschtirol für eine längere Zeit eine Besetzung durch Italien vorgesehen, der später eine Volksabstimmung folgen soll, die über das endgültige Schicksal des Landes zu entscheiden hätte. Man hofft jedoch, so schließt dazu das obenerwähnte Blatt, daß es im Laufe der Verhandlungen von St. Germain unseren Delegierten möglich sein wird, die Entente dazu zu bestimmen, daß die Volksabstimmung unmittelbar nach Friedensschluß vorgenommen werde.

### Des Wartens müde.

**St. Germain en Laye**, 25. Mai. (Meldung des Wiener Telegr.-Korr.-Bureaus.) Gestern wurde Clémenceau eine Note der deutsch-österreichischen Delegation überreicht, in der es u. a. heißt: Das lange Warten auf den Frieden erweckt im Geiste des deutsch-österreichischen Volkes eine um so schwerere Beunruhigung, als die Verzögerung den Massen unverständlich erscheint und notwendigerweise Gerüchte und Befürchtungen aller Art hervorrufen muß. Eine solche Stimmung der öffentlichen Meinung weckt ernste Sorgen in bezug auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe in unserem Vaterlande, besonders in den großen industriellen Zentren, sowie in den bestrittenen Gebieten, und zwar sowohl in den durch die Nachbarstaaten besetzten, als auch in den militärischen Einbrüchen preisgegebenen. Dieser Zustand der Unsicherheit scheint geeignet, einer Erregung der Massen, in der ungesunde Ideen ihren Gärstoff finden, ein günstiges Terrain zu bieten. Die deutsch-österreichische Delegation glaubt übrigens hinzufügen zu müssen, daß die durch den verlängerten Aufenthalt einer großen Zahl von Beamten im Auslande verursachten Kosten nicht im richtigen Verhältnis mit unserer mehr als prekären wirtschaftlichen Lage, die den Alliierten wohl bekannt ist, stehen. Die deutsch-österreichische Delegation wendet sich daher an das höfliche Entgegenkommen des Herrn Präsidenten des Friedenskongresses, um die Eröffnung von Unterhandlungen mit Deutsch-Oesterreich in kürzester Frist zu erlangen.

## Gewalt bis zur Vernichtung.

Clémenceaus Antwort auf die Note des Grafen Brockdorff über die wirtschaftlichen Wirkungen des Friedensvertrages stellt das Ungeheuerlichste dar, was wir von dem alten Tiger bisher erfahren haben. Er gibt sich nicht die Mühe, die Zahlen und Nachweise, die in der deutschen Note enthalten waren, nachzuprüfen; er denkt garnicht daran, die positiven, sehr weitgehenden Vorschläge, die Graf Brockdorff über den Ersatz der von Frankreich beanspruchten Saarkohlengruben durch Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet gemacht hat, überhaupt in Erwägung zu ziehen. Seine Note ist vom ersten bis zum letzten Wort die blutigste Verhöhnung, die sich jemals ein übermütiger Sieger gegenüber einem unterlegenen Feinde erlaubt hat. Graf Brockdorff stellt fest, daß das deutsche Volk unter diesen Bedingungen nicht werde leben können, da seine Industrie, d. h. seine Hauptlebensader vernichtet würde. Clémenceau erwidert, das sei nicht so schlimm, Deutschland werde ja um sechs Millionen Seelen vermindert werden — er schneidet uns ein Bein ab, und tröstet uns damit, daß wir für dieses Bein keinen Stiefel mehr brauchen! Daß wir nachher nicht mehr gehen können, daß die Arbeit eben der sechs Millionen Volksgenossen, die uns genommen werden sollen — die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes stört den Franzosen längst nicht mehr —, lebensnotwendig war und ist für viele Millionen anderer Deutscher, für die Aufrechterhaltung unseres gesamten Wirtschaftssystems, ist dem Gewaltmenschen völlig gleichgültig. Deutschland soll ja zugrunde gehen. Aus demselben Geiste sind alle anderen Darlegungen geboren.

Wir wollen über die Berechtigung des Unterseebootkrieges mit Clémenceau nicht streiten, anerkannt wurde sie auch von Wilson, anerkannt haben sie auch die Engländer schon dadurch, daß sie selbst, so oft sie die Gelegenheit hatten, in der Ostsee deutsche Handelsschiffe versenkt haben. Dennoch sollen wir es jetzt als Gnade betrachten, wenn nicht der Ersatz der gesamten 12 Millionen versenkter Tonnen von uns gefordert wird. Nur vier Millionen beansprucht Herr Clémenceau, daß das die ganze deutsche Ueberseehandelsflotte ist, daß danach ein deutscher Ueberseehandel überhaupt nicht mehr möglich ist, die deutsche Volkswirtschaft dadurch dem Verdorren preisgegeben wird, das alles rührt ihn nicht. Er gibt zu, daß uns die wichtigsten Ernährungsgebiete geraubt werden sollen — wir könnten ja künftighin bei den Polen kaufen und drei Jahre lang die Erzeugnisse sogar zollfrei einführen. Womit wir sie bezahlen sollen, was aus uns wird, wenn die Polen dann ihre Grenzen durch Hochschutzzölle verbarrikadieren, das alles ist unsere Sorge. Wir haben das Recht zu verhungern.

Es würde zuweit führen, wollte man, so leicht es wäre, Punkt für Punkt nachweisen, wie allein ein verbissener Vernichtungswille eine solche Antwort geben konnte. Nur ein besonders krasses Beispiel sei noch hervorgehoben: Graf Brockdorff beklagt sich über die Wegnahme der Kohlen. Clémenceau erwidert: mit diesen Kohlen würden uns zugleich Gebiete genommen, in denen bisher ein Viertel der gesamten deutschen Förderung verbraucht worden sei. Wieder der Fall mit dem Bein, das man uns abschneidet und für das wir keinen Schuh mehr brauchen! Und so geht es weiter! Graf Brockdorff beschwert sich über die Erschwerung der Einfuhr der Phosphate — Clémenceau antwortet höhnisch, Deutschland habe nie Phosphate erzeugt, sondern sie stets eingeführt. Gerade weil wir auf diese Einfuhr angewiesen sind, soll sie uns erschwert werden! Im übrigen seien seine Forderungen „gerecht", Deutschland müsse „als Ursache" dieses Unglücks es wieder gutmachen.

Wir wollen die Schuldfrage nicht von neuem aufrollen, trotzdem gerade die letzten Tage neue Beweise für den ursprünglichen Vernichtungswillen der Gegner geziitigt haben; fragen müssen wir aber, ob sich die Männer, die in Versailles das deutsche Volk vertreten, noch länger der Schmach solcher Antworten aussetzen dürfen. Wir haben wahrlich genug und schon zuviel getan, um den Feinden unseren Willen zur Versöhnung und zur Wiedergutmachung zu dokumentieren. Hohn und Spott haben wir bisher nur geerntet in jedem einzelnen Falle. Die Zeit scheint nun gekommen zu sein, wo Schweigen die rechte Antwort wäre. Nur eins begrüßen wir an Clémenceaus Note: sie beseitigt den künstlichen Nebel, der schon wieder hier und dort bei uns von denen gemacht wurde, die blind sind, weil sie nicht sehen wollen, und dabei auch noch an der verhängnisvollen Manie leiden, andere zu verblenden. Nicht von der Regierung, nicht von irgendeiner politischen Körperschaft, — von der vornehmsten, rein wissenschaftlichen Vereinigung deutscher Aerzte ist unwiderleglich festgestellt worden, daß 763000 Menschen als Opfer der Blockade gestorben sind. Mit einer verächtlichen Handbewegung schiebt Clémenceau diese Feststellung, die ihm und seinen Genossen freilich sehr unangenehm ist, als „Hypothese" beiseite. Auf den deutschen Nachweis, daß die Verbandsbedingungen mit Naturnotwendigkeit eine gewaltige Auswanderung zur Folge haben müßten, erhalten wir den Bescheid: „Es wäre unrichtig, auf diese Mutmaßungen (!) zuviel Gewicht zu legen." Wer nun noch glauben kann, daß wir mit einem Gewaltmenschen wie Clémenceau zu einem Frieden kommen könnten, der nicht auf völlige Vernichtung Deutschlands hinausläuft, dem ist nicht zu helfen. Deutlicher konnte es uns nicht gesagt werden, was man in Paris mit dem deutschen Volke vorhat. Gewalt, Gewalt bis zur Vernichtung, bis zur Ausrottung, das ist die Parole.